

Unter anderem in dieser Ausgabe:

GELD: STINKT NICHT, WENN ES MITGLIEDSBEITRÄGE SIND s. 3

INTERVIEW: SABINE ZIMMERMANN IM GESPRÄCH s. 4

RÜCKBLICK: RENTENKAMPAGNE IM STADTVERBAND s. 5

WESTWERK: WIE WEITER AUF DER HEINE s. 6

Veranstaltungstipp

Film & Debatte: Afghanistan

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland. Das zeigen Cinematheque und linXXnet in einer Filmvorführung mit anschließender Podiumsdiskussion in der naTo.

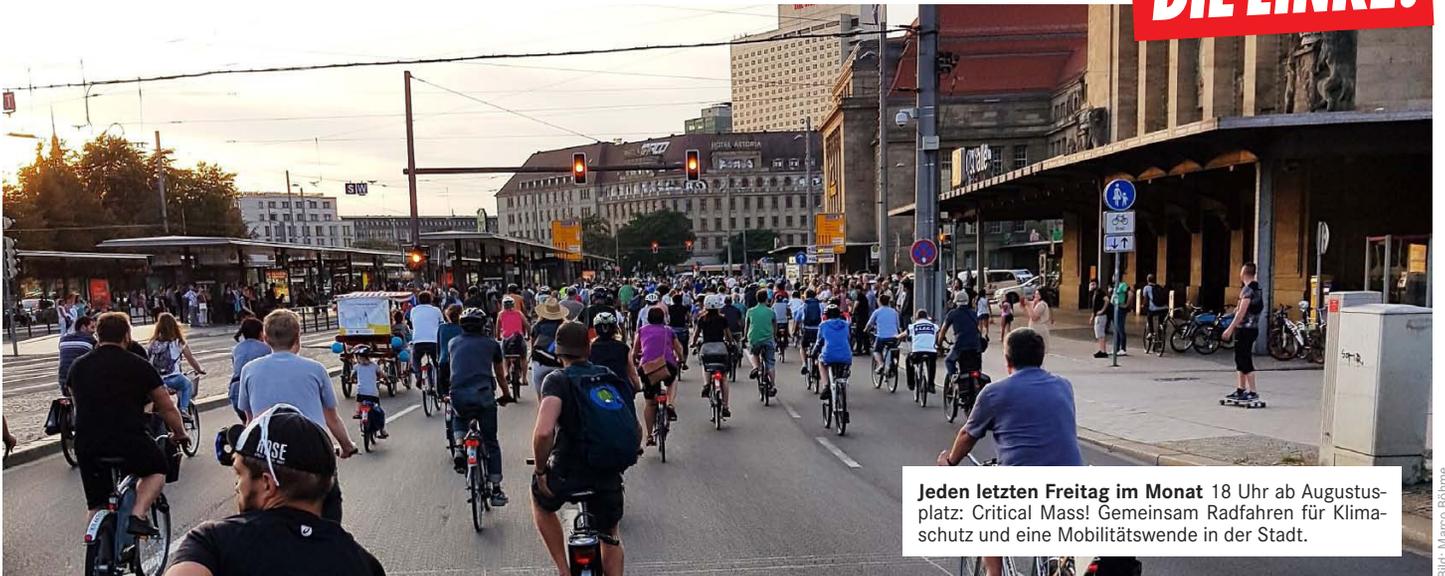
Mi. 05.04. ab 19 Uhr - siehe Seite 9

Mitteilungsblatt

Ausgabe 03/2017

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Jeden letzten Freitag im Monat 18 Uhr ab Augustusplatz: Critical Mass! Gemeinsam Radfahren für Klimaschutz und eine Mobilitätswende in der Stadt.

Bild: Marco Böhme

Wirtschaftlich modern – ökologisch bewusst - sozial gerecht!

Marco Böhme Leipzig auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt?

Wachstum, Wachstum, Wachstum! Leipzig scheint kein anderes Motto mehr zu kennen. Und in der Tat: Leipzig platzt aus allen Nähten. Das ist grundsätzlich nicht per se was Schlechtes. Urbanisierung, also die Verstädterung der Gesellschaft, führt dazu, dass Ressourcen besser und zentral geteilt werden können. Seien es Wärme oder Wasser, Waren oder Wege oder eben auch die Vielfalt unserer Welt.

Nun könnte man meinen, dass Großstädte daher per se ökologischer als ländliche Regionen sind. Doch das Gegenteil ist oft der Fall. Hier konzentriert sich enormer Energiebedarf, die Mengen von Abfall, Luftverschmutzung, Lärm, Klimagase, Dreck und Staub unserer Gesellschaft. Hier frisst sich der Beton in die Natur, und hier entstehen die größten Konflikte mit der Umwelt.

Doch diese Gegebenheiten sind keine Naturgesetze. Sie können und müssen geändert werden. Eine wachsende Stadt braucht Gestaltung - und das von links! Wir müssen hier selbstbewusster auftreten und für die sozial-ökologische Stadt kämpfen! Das heißt konkret, für eine Entwicklung einzutreten, bei der keine Menschen abgehängt und gleichzeitig schädliche Emissionen eingedämmt werden. Eine „Grüne Stadt“ die die Menschen nicht mitnimmt, kann nicht ökologisch sein. Andersrum ist es aber auch problematisch:

Soziale Wohlfahrt ohne ökologisches Bewusstsein kann nicht nachhaltig sein. Stadtgestaltung für die Menschen muss beides mitdenken, um auch in Zukunft in einer lebenswerten Stadt wohnen zu können. Doch das kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen, die hier leben, müssen diesen Prozess mitgestalten. Mitbestimmung und Beteiligungsmöglichkeiten müssen stärker ausgebaut werden.

Um den Klimawandel und dessen Auswirkungen zu begrenzen, ist eine deutliche Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen erforderlich. Die Energieversorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir müssen mitreden, wenn es darum geht, ob unsere Stadtwerke weiter Strom von Atom- und Kohlekraftwerken treiben. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Strom dort produziert wird, wo er verbraucht wird. Das senkt die Netzkosten und schont die Umwelt.

Es müssen weiter eigene Stromerzeugungs- und Speicherkapazitäten dezentral und ökologisch ausgebaut sowie Energiespardienstleistungen verbessert werden. Wir müssen helfen, Energiearmut zu verhindern. Keinem Menschen darf der Strom abgestellt werden. Im Landtag und im Bundestag arbeiten wir dafür. Ebenso wie für eine Abwrackprämie stromfressender Haushaltsgeräte, die vor

allem Menschen mit niedrigen Einkommen vor zu hohe Kosten stellt. Stromsparen muss wieder belohnt werden.

Die energetische Modernisierung unserer Gebäude darf nicht dazu führen, dass am Ende die Mieten höher als die eingesparten Ressourcenkosten sind, denn Klimaschutz braucht auch Mieterschutz! Deswegen treten wir gegen die übermäßige Abwälzung der Kosten auf arme Haushalte ein. Wenn es nicht gelingt, die Energiewende sozial gerecht zu gestalten, wird sie scheitern. Wir müssen unsere urbanen Potenziale nutzen und erneuerbare Energien auch hier in der Stadt ausbauen. Photovoltaik und Solaranlagen auf unseren Dächern sind bei der Energiewende ein weiterer wichtiger Baustein und können über Mieterstrommodelle günstigen Strom für alle garantieren.

Doch es braucht nicht „nur“ eine Energiewende. Im Verkehrssektor besteht auch dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen weniger Verkehr in der Stadt, dafür aber mehr Mobilität für alle! Das heißt konkret, die verstopften Straßen von den Blechlawinen befreien und Möglichkeiten schaffen, wodurch alle Menschen sicher, günstig und ökologisch an ihr Ziel kommen. Wenn Leipzig jedes Jahr um über 10.000 Menschen wächst, heißt das auch eine Zunahme von bis zu 6000 Autos im Jahr. Das verkraftet diese Stadt mit ihrer

dichten Bebauung und engen Straßen nicht. Muss sie auch nicht, wenn endlich offensiv andere Mobilitätsangebote gestärkt werden. Ohne einen massiven Ausbau des ÖPNV wird das nicht klappen! Visionen dürfen wir uns dabei nicht verschließen. Auch nicht der Idee von weiteren regionalen Schnellverbindungen in die Stadt durch weitere Citytunnel der Eisenbahn. Jede moderne Großstadt mit 700.000 Einwohnern hat eine richtige U-Bahn und ein gut verzweigtes Netz an ÖPNV-Verbindungen. Es trägt dazu bei, den Autoverkehr in Leipzig zu reduzieren und einen Verkehrskollaps zu umgehen. Wir fordern daher im Land und im Bund die Weitergabe der notwendigen finanziellen Mittel für Investitionen in die Infrastruktur.

Doch solche Milliardenprojekte werden nicht vor 2040 umgesetzt sein. Die Probleme, die es heute gibt, müssen jetzt gelöst werden! In Leipzig sind die Ticketpreise für den ÖPNV mit am teuersten – und das in einer Stadt mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Weitere Preiserhöhungen müssen zunächst durch ein Preis-Moratorium verhindert werden. Langfristig müssen neue Finanzierungskonzepte umgesetzt werden. Stichwort »Bürgerticket«

durch eine solidarische Finanzierung der EinwohnerInnen, Gäste und der Wirtschaft.

Es gibt immer noch kein flächendeckend durchgehendes Radnetz und zu wenig sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Es fehlen Visionen für neue Mobilitätskonzepte. Seien es überdachte Radwege, wirkliche Fahrrad(schnell)straßen, mehr Tempo 30 Zonen – gerade vor Schulen und Senioreneinrichtungen –, neue Lieferkonzepte für Waren und Güter statt einen ständigen LKW-Durchgangsverkehr. Es fehlt ein Programm für eine ordentliche Gehwegsanierung, um Stolperquellen für Fußgänger zu beseitigen. Statt Straßenbahnlinien einzukürzen, müssen diese ausgebaut werden. Der Straßenraum muss für die Menschen geöffnet werden – mit breiteren Fußwegen und Sitzmöglichkeiten statt überdimensionierten Parkplätzen.

Es gibt so viele Ideen und Konzepte, einzig der politische Wille fehlt. Und deswegen muss DIE LINKE auch in diesen Bereichen lauter werden und eine lebenswerte Stadt für alle einfordern!

linksjugend Leipzig präsentiert:

Ökotalik mit Marco Böhme: Lindenauer Litschi - Wie sinnvoll und umsetzbar ist regionale Produktion?

Obst aus Südafrika, Gemüse aus Neuseeland und Fleisch aus Südamerika. Unsere täglichen Produkte haben oft einen langen Weg hinter sich. Das ist nicht nur eine Belastung für die Umwelt sondern häufig auch unnötig. Denn vieles könnte hier vor Ort, sogar in unseren Städten, produziert werden. Aber was muss getan werden um, Regionalbäuer*innen zu stärken? Welche Vor- und Nachteile haben regionale Produktion und Konsum, und bedeutet das auch einen Verzicht auf bestimmte Produkte? Diese Fragen diskutiert der Leipziger Landtagsabgeordnete Marco Böhme, Sprecher für Energie, Mobilität und Klima seiner Fraktion, gemeinsam mit Sebastian Pomm von der Annalinde GmbH, einer urbanen Landwirtschaftskooperative im Leipziger Westen, und Claudia Friedrich von der Leipziger Heldenküche.

Di. 28. März, 19:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 32



DGB/Simone M. Neumann

Stoppt die Autobahnprivatisierung

Marianne Küng-Vildebrand Aufruf zur Unterstützung der Resolution des DGB

Bereits im Juni 2016 hat unsere AG b&g Leipzig mit dem Antrag „Fair Transport Europe“ die Mitglieder des Stadtverbands und die Öffentlichkeit auf die Arbeitssituation im Verkehrswesen aufmerksam gemacht. Nun rufen wir euch erneut den Blick auf „die Straße“ zur richten und die Resolution des DGB für eine zukunftsfeste Verkehrsinfrastruktur und gegen eine Privatisierung der Autobahnen zu unterstützen und zu unterzeichnen. Eine moderne und intakte Verkehrsinfra-

struktur ist ein zentraler Faktor für nachhaltige Mobilität und inklusives Wachstum. Doch Deutschlands Verkehrsinfrastruktur ist marode. Sie wird zunehmend zu einem Risiko für Wirtschaft und Gesellschaft. Allein die Kosten für ihre nachholende Sanierung belaufen sich inzwischen auf 45 Milliarden Euro. Deshalb muss schnellstmöglich der Investitionsstau real abgebaut und ein Fahrplan für eine moderne und intakte Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden.

Keine Privatisierung unserer Autobahnen und Bundesstraßen!

Der DGB fordert den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, jede Form der Privatisierung der Autobahnen zu verhindern, Beschäftigung zu sichern und eine leistungsfähige Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaffen.

📄 Hier der Link zur Resolution:
<http://gleft.de/1DI>

Sprechen wir über Geld!

Adam Bednarsky Über die Mitgliedsbeiträge

Es wurde kurz in der Eröffnungsrede von mir bei der Kreiswahlversammlung angesprochen und ich möchte es an dieser Stelle vertiefen. Gerade unsere Partei lebt von ihren Mitgliedern, sowohl inhaltlich als auch finanziell. Wir haben uns bewusst entschieden, keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten anzunehmen. Auch ohne diese Entscheidung sollte durch unsere Politik klar sein, dass wir nicht käuflich sind beziehungsweise von den LobbyvertreterInnen sowieso kein Geld angeboten bekommen. Aber wir agieren nicht im luftleeren Raum und DIE LINKE benötigt für Kampagnen, politische Arbeit und Organisation Geld. Dieses wird zu einem nicht unerheblichen Teil durch unsere Mitgliedsbeiträge gewonnen. Der Stadtverband Leipzig hat mit einem Durch-

schnittsbeitrag von über 17 Euro einen vergleichsweise hohen Durchschnittsbeitrag. Wir können uns darauf nicht ausruhen, denn es ist von großer Wichtigkeit, dass unsere Partei auch in der Zukunft finanziell aktionsfähig bleibt. Deswegen möchte ich mit euch gemeinsam die „Kampagne 20“ ins Leben rufen, die zum Ziel hat, den Durchschnittsbeitrag von derzeit 17,50 Euro auf 20 Euro zu steigern. Bitte überlegt kurz, ob ihr die persönlichen Möglichkeiten besitzt, euren Beitrag anzupassen. Wenn jede oder jeder einen kleinen Teil dazu beiträgt, können wir das Ziel von 20 Euro erreichen und dafür Sorge tragen, dass unser Stadtverband und unsere Partei auch in Zukunft finanziell und politisch kraftvoll zubeißen kann.

Altersgruppe	Mitglieder	Beitrag abs. in €	Ø in €
18-19	9	19,5	2,17
20-24	69	314,99	4,57
25-29	109	1010,06	9,27
30-34	70	816,76	11,67
35-39	75	1017,25	13,56
40-44	29	669,54	23,09
45-49	27	512,55	18,98
50-54	48	1387,13	28,9
55-59	72	1312,12	18,22
60-64	107	2406,23	22,49
65-69	86	1254,2	14,58
70-74	80	1261,78	15,77
75-79	146	2375,91	16,27
80-84	173	3574,37	20,66
85-89	157	3711,15	23,64
90-94	49	1022,95	20,88
95-99	17	300,25	17,66
> 99	2	41,33	20,67
insg.	1325	23008,07	17,36

In diesem Mitteilungsblatt findet ihr ein Formular, mit dem ihr Änderungen eures Mitgliedsbeitrages vornehmen könnt.

Luan soll bleiben!

Werner Kujat Petition gegen die Abschiebung eines Schülers

Ein Schüler der Max-Klinger-Schule in Grünau soll abgeschoben werden. Der 18-jährige bekam am Donnerstag vor den Winterferien das entsprechende Schreiben: Er habe bis zum 23.02. Zeit, nach Kosovo zurückzukehren. Darauf reagierte sein 16-jähriger Mitschüler Benjamin sofort und startete eine Online-Petition. Bereits über 6000 Menschen haben unterschrieben. Ein Anwalt wurde gefunden und Kontakt zum Flüchtlingsrat besteht. Das Ziel: Ein dauerhaftes Bleiberecht. Dies ist nicht nur eine Forderung. Nach § 25 des Aufenthaltsgesetzes oder durch die Härtefallkommission kann diese Entscheidung getroffen werden. Entsprechend wird von Benjamin und seinen Unterstützer*innen gearbeitet. Meinen tiefsten Respekt für dieses Engagement! Ein erster Erfolg ist der Aufschub der Frist bis zum 23.03. Aktuell wird am Antrag gearbeitet.

Die Solidarität mit Luan ist groß. Gegenwind kommt absurderweise von einem anderen Mitschüler. Der Vorsitzende der Schüler Union reagierte mit einer Pressemitteilung und befürwortete die Abschiebung. Humanität und Empathie sind dem CDU-Nachwuchs offenbar fremd. Diese Story machte bereits die Runde durch Leipziger und bundesweite Medien.

Luan kam vor zwei Jahren nach Deutschland, lernte schnell Deutsch und besucht aktuell die 9. Klasse. Im persönlichen Gespräch war seine Anspannung zu spüren. Im Kosovo hat er keine Wohnung, keine Chancen auf Bildung und Arbeit. Kurz: Keine Perspektive. Hier in Leipzig hat er eine Zukunft. Diese darf ihm niemand nehmen! Die Petition könnt ihr hier unterschreiben:

① www.petitionen24.com/luan_soll_bleiben



Ein solidarisches Europa als Friedensprojekt

Axel Troost Lange Zeit wurde die europäische Idee mit der Hoffnung verbunden, endlich die nationalen Gräben zu überbrücken und nach zwei Weltkriegen den Frieden in Europa zu sichern. Kooperation statt Konfrontation – das galt vielen als Grundlage für Wohlstand und Demokratie. Davon ist heute nur noch wenig zu erkennen.

Vieles, was wir heute für selbstverständlich halten, wird von Nationalisten, die auf eine Auflösung der EU hinarbeiten, infrage gestellt. Die EU stand und steht immer noch für Vielfalt, Verständigung und die Überwindung von Grenzen. Sie war einst auch stark im Kampf für Geschlechtergerechtigkeit. Diese positiven Ideen gilt es wieder zu aktivieren. Ob Klimawandel, Abrüstung, die Einhegung des Kapitals, der Kampf gegen Lohn- und Steuerdumping, gegen Kriminalität und Terrorismus – wir stehen vor einer Vielzahl globaler Herausforderungen, die sich nicht mit mehr, sondern nur mit weniger Nationalstaat lösen lassen. Wir brauchen mehr internationale Kooperation sowie internationale Organisationen, wie die EU, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Auch die Währungsunion muss radikal reformiert werden oder sie wird zerbrechen. Voraussetzung dafür ist eine andere deutsche Wirtschaftspolitik und ein Ende der Austerität, also der Spar- und Kürzungspolitik der vergangenen Jahre. Die Auflösung des Euros ist dagegen ein Szenario, auf das man sich wohl oder übel vorbereiten muss, aber keine Lösung, die vorangetrieben werden sollte.

Wir müssen mit einer Revitalisierung der EU ein europäisches Gemeinschaftsgefühl bei den Menschen erzeugen. DIE LINKE. will und muss hier vorangehen, klare Konzepte liefern und dabei eines nicht vergessen: Ein Scheitern der EU wäre die größte Gefahr für den Frieden in Europa seit mehr als 70 Jahren.

Reihe: Partei erklärt

diesmal: Was ist die Landesliste zur Bundestagswahl?

Tilman Loos Am 29. April wählt DIE LINKE. Sachsen ihre „Landesliste“ zur Bundestagswahl. Genau genommen wird diese Liste von 200 Delegierten gewählt, die, damit man sie von „normalen“ Parteitage delegierten unterscheiden kann, „Vertreter*innen“ heißen und sich folglich zu einer „Landesvertreter*innenversammlung“ (LVV) treffen, statt zu einem „Landesparteitag“. Diese 200 Vertreter*innen kommen aus den 3 Kreisfreien Städten und 10 Landkreisen in Sachsen, zugeteilt je nach Mitgliederstärke. So hat Leipzig am 21. Januar auf der Gesamtmitgliederversammlung 28 Vertreter*innen gewählt – die kleinsten Verbände haben hingegen je nur 10 Vertreter*innen. Alle 200 Vertreter*innen wählen auf dieser Versammlung dann eine Liste, die beginnend mit Platz 1 (Spitzenkandidat*in) viele Plätze umfassen kann. Beim letzten mal waren es allerdings nur 14 Plätze.

Irgendwann nach der Bundestagswahl am 24. September wird man wissen, wie viel Stimmen DIE LINKE hat. Das wird, nach einem recht komplexen Berechnungsverfahren, Aufschluss darüber geben, wie viele Mandate DIE LINKE im Bundestag hat. Das letzte Mal waren dies 64 Mandate. Dann wird geschaut, wo DIE LINKE wie viele Stimmen gewonnen hat – und entsprechend werden dann diese 64 Plätze auf die einzelnen Bundesländer bzw. Landesverbände mittels Divisorverfahren mit Standardrundung verteilt. Danach ist also bekannt, welches Bundesland wie viele der je 64 LINKEN Bundestagsmandate erhält. Sachsen hat nach der Wahl 2013 beispielsweise 8 Mandate für DIE LINKE gewonnen. Und genau jetzt wird die Landesliste relevant: Wenn nämlich, wie bei der Bundestagswahl 2013 passiert, DIE LINKE in Sachsen weniger Direktmandate gewinnt, als die Plätze gewonnen hat (2013 waren es 0 Direktmandate), muss ja irgendwie entschieden werden, wer denn diese 8 Menschen sind, die für DIE LINKE in Sachsen die 8 Bundestagssitze besetzen werden. Und da kommt die Landesliste in Spiel, diese gibt nämlich die Reihenfolge der Besetzung an. Man zieht also von der Gesamtsitzzahl für DIE LINKE in Sachsen (2013: 8) die Anzahl der Direktmandate für DIE LINKE (2013: 0) ab und verteilt die verbleibenden Mandate („Listenmandate“, 2013: 8) auf die Landesliste, was nichts anderes heißt, als dass die ersten 8 auf der Liste ein solches Listenmandat und damit einen Sitz im Bundestag abbekommen. Die Möglichkeit der Landeslisten besteht übrigens auch bei Europawahlen. Davon macht unsere Partei, weil sie eher klein ist, aber klugerweise keinen Gebrauch.

Interview mit Sabine Zimmermann

In der letzten Zeit wurde viel über das Thema Altersarmut in den Medien berichtet. Du hast auch einiges an Zahlen erfragt. Wie stellt sich denn die Situation dar?

Fakt ist leider: Altersarmut breitet sich zunehmend in Deutschland aus. Immer mehr Menschen im Alter von über 65 sind von Armut bedroht. Waren es im Jahr 2006 1.887.000 65-Jährige und älter, sind es 2015 2.738.000 gewesen, 851.000 mehr, ein Anstieg um fast die Hälfte (+ 45,09 Prozent). Damit waren 2015 16,5 Prozent aller Menschen im Alter von 65 und älter in Deutschland von Armut bedroht, 2006 waren es noch 12,5 Prozent. Die Quote der armutsgefährdeten über 65-Jährigen liegt in Deutschland mit 16,5 Prozent sogar über dem Durchschnitt der EU mit 14,1 Prozent. Besonders deutlich ist auch die Armutsgefährdung von über 75-Jährigen angestiegen, von 541.000 im Jahr 2009 auf 1.173.000 2015, mehr als eine Verdoppelung. Dies geht aus Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor.

Und was sagt die Bundesregierung dazu?

Vertreter der großen Koalition wollen im Regelfall Armut wegdiskutieren. Im Kern sagen sie: „wirkliche“ Armut gibt es in Deutschland doch eigentlich nicht. Sie ignorieren die soziale Wirklichkeit. Millionen Seniorinnen und Senioren haben maximal etwa 1.000 Euro netto im Monat zum Leben. Das ist die offizielle Armutsschwelle, die Eurostat ansetzt. Das tatsächliche Einkommen liegt im Durchschnitt noch deutlich niedriger. In meiner Bürgersprechstunde haben mir schon einige Seniorinnen und Senioren berichtet, dass sie im Winter nur einen Raum beheizen, den auch nur so wenig wie möglich. Sie ziehen sich dicke Pullover und Strickjacken an, um Heizkosten zu sparen. Aber die Bundesregierung führt solche Gespräche halt nicht. Die Bundesregierung muss endlich aufhören die Augen zu verschließen und die Situation schön zu reden. Es geht nicht um Einzelfälle, Millionen sind betroffen.

Wie sieht es denn in Sachsen aus?

Immer mehr Menschen müssen in Sachsen die im Jahr 2003 eingeführte spezielle Sozialhilfe für Rentnerinnen und Rentner, die sogenannte Grundsicherung im Alter, in Anspruch nehmen. Von 2014 zu 2015 ist deren Anzahl von 11.089 auf 11.660 gestiegen. Im Jahr 2003 waren es erst 6.132 Empfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter. Für die Zukunft ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Vor allem im Osten haben die durch häufige Erwerbslosigkeit, insbesondere auch Langzeiterwerbslosigkeit, unterbrochenen Erwerbsbiographien zugenommen, die große Löcher in die Rentenansprüche reißen. Diese

Generation geht nun nach und nach in Rente, viele direkt aus der Langzeiterwerbslosigkeit. Hinzu kommt, dass die betriebliche oder private Altersvorsorge in Ostdeutschland eine eher geringe Rolle spielt, somit die gesetzliche Rente oft die einzige Einnahmequelle ist.

Was wäre notwendig, um Altersarmut zu bekämpfen und die Situation zu verbessern?

Die gesetzliche Rente muss gestärkt und armutsfest gemacht werden, unter anderem durch Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, Abschaffung der Kürzungsfaktoren und der Rente erst ab 67 sowie die Einführung einer Solidarischen Mindestrente. Es ist eine Frage des grundlegenden Anstands in unserer Gesellschaft, dass Menschen, die lange Jahre und Jahrzehnte schwer gearbeitet haben, Anerkennung erfahren für ihre Lebensleistung. DIE LINKE fordert: Im Alter muss man ein Leben in Würde führen können. Aber auch die Bedingungen am Arbeitsmarkt müssen dringend verbessert werden, um künftige Altersarmut zu verhindern. Prekäre Beschäftigung ist zurückzudrängen. Unter anderem muss der Mindestlohn auf 12 Euro die Stunde erhöht und systematische Niedriglohnbeschäftigung wie Leiharbeit abgeschafft werden.

Die Bundesregierung hat ja nun die Angleichung des Rentenwertes Ost an West beschlossen. Wie bewertest Du das?

Dass nun über ein Vierteljahrhundert nach der Wende der Rentenwert Ost an West angeglichen werden soll, ist zwar zu begrüßen, aber gleichzeitig soll die so genannte Hochwertung der immer noch deutlich niedrigeren Löhne im Osten wegfallen. Dies wird bei vielen heutigen Beschäftigten zu noch niedrigeren Renten führen. Es ist ein Skandal, dass bislang alle Bundesregierungen bei der Angleichung der Löhne versagt haben und im Osten nahezu flächendeckend deutlich weniger verdient wird. Nun auch noch die Hochwertung der Ost-Löhne bei der Rentenberechnung zu streichen, ist sozial ungerecht. Die Hochwertung muss so lange beibehalten werden wie die Lohnunterschiede bestehen.

Gute Arbeit ist sicher, tariflich bezahlt und mitbestimmt

Veranstaltung mit Jutta Krellmann,
Mitglied des Deutschen Bundestages.
Mehr Infos auf www.dielinke-leipzig.de

Mi. 26. April 2017, 18:30 Uhr
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Die Rente geht uns alle an

Marianne Küng / Dietmar Pellmann Bilanz unserer stadtweiten Kampagne

Als der Stadtvorstand vor fast einem Jahr beschloss, unter der Dachmarke „Das muss drin sein!“ eine rentenpolitische Kampagne unter dem Motto „Die Rente geht uns alle an“ durchzuführen, konnten wir nicht voraussehen, ob diese Initiative überhaupt Zuspruch finden würde. Das Rententhema stand zu diesem Zeitpunkt nämlich nicht im Zentrum medialer Aufmerksamkeit und auch unter uns mag es so manch skeptische Zurückhaltung gegeben haben. Kurz zuvor hatte nämlich der Landesparteitag einer ähnlichen Initiative nicht zugestimmt. Und auch auf der Bundesebene war das Thema offenbar noch nicht präsent, denn unsere Rückfrage nach entsprechenden Materialien für Infostände blieb lange Zeit ohne das erhoffte Ergebnis. Als dann noch durchdrang, dass wir in allen zehn Stadtbezirken zumindest ein thematisches Forum durchführen wollten, hielten das einige, wenngleich hinter vorgehaltener Hand, für einen wohl zu heftigen zentralistischen Eingriff in die Planungsautonomie der Stadtbezirksverbände. Schließlich tauchte die Frage auf, welche prominenten Persönlichkeiten aus unserer Bundestagsfraktion wir denn aufzubieten gedachten.

Nach dem alten Prinzip von Propheten, der im eigenen Land nichts gilt, gab es durchaus Zweifel, ob wir denn aus eigenen Kräften in der Lage sein würden, eine solche Kampagne auch durchzustehen.

Wir selbst waren durchaus nicht so sicher, wie die Sache ausgehen würde. Immerhin hatte es in unserem Stadtverband außerhalb von Wahljahren noch nie eine thematisch begrenzte Initiative gegeben, die ohnehin nur erfolgreich sein würde, wenn möglichst viele sich zur unmittelbaren Mitwirkung begeistern ließen.

Wenn wir heute mit einem gewissen Abstand auf den Verlauf der Kampagne zurückblicken, fällt unsere Bewertung differenziert aus. Es überwiegen allerdings die positiven Eindrücke. So fand von September bis Januar in jedem der zehn Leipziger Stadtbezirke ein Forum statt, auf dem wir über die Lebenssituation älterer Menschen und die rentenpolitischen Vorstellungen der LINKEN zum Teil auf hohem fachlichen Niveau diskutierten. Dabei erreichten wir nicht wenige Bürgerinnen und Bürger, die bislang auf unseren Veranstaltungen noch nicht zu sehen waren. Sicher hat dazu beigetragen, dass in einigen Stadtteilen plakatiert und Flugblätter verteilt wurden.

Natürlich hatten wir uns mehr Jüngere im Publikum gewünscht, denn der Kampf um eine gute Rente und gegen zunehmende Altersarmut kann nur erfolgreich sein, wenn sich alle Generationen einreihen.

Mehrfach wurden wir angefragt, ob wir unsere Materialien, insbesondere die sieben thematischen Flugblätter auch anderen Kreisverbänden zur Verfügung stellen würden. Soweit das möglich war, haben wir dem Rechnung getragen, zumal alles auch auf unseren Internetseiten nach wie vor präsent ist. Allerdings waren wir nicht in der Lage, etwa für Vorträge außerhalb von Leipzig zur Verfügung zu stehen.

Nicht unzufrieden können wir mit der medialen Widerspiegelung sein. Alle Veranstaltungen wurden vorher z. T. mit eigener

Überschrift in der Presse oder auch im Rundfunk angekündigt. Einige Beiträge erschienen auch in überregionalen Medien. Dabei mag uns geholfen haben, dass sich während unserer Kampagne eine breite politische Debatte zu Altersarmut und Rente auf Bundesebene entwickelte und wir gefragt

wurden, ob wir das voraussehen konnten. Im Detail sicher nicht, aber es war von vornherein klar, dass diese sozialpolitischen Schwerpunktthemen nicht erst im Bundestagswahlkampf präsent sein würden.

Was bleibt? Wir haben sozusagen im unmittelbaren Vorfeld des Bundestagswahlkampfes über einen längeren Zeitraum eine Kampagne durchgeführt und eine Art Generalprobe für die nächsten Monate abgelegt. Dabei ist uns durchaus aufgefallen, in welchen Stadtbezirken unsere Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit besonders hoch ist und in welchen Gebieten wir deutlichere Schwächen haben. Daraus sollten Schlussfolgerungen gezogen werden, um die Kräfte im Bundestagswahlkampf wirksamer bündeln zu können. Auch dabei dürfte es neben anderen Themen weiterhin um Altersarmut und Rente gehen. Für diese Auseinandersetzung sind wir gut gerüstet und können auch die erarbeiteten Materialien, die von ihrer Aktualität nichts eingebüßt haben, an Infoständen verwenden. Abschließend möchten wir uns bei allen, die zum Gelingen der Kampagne beigetragen haben, bedanken, neben den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Stadtvorstandes, dem Pressesprecher, aber vor allem den Genossinnen und Genossen vor Ort.

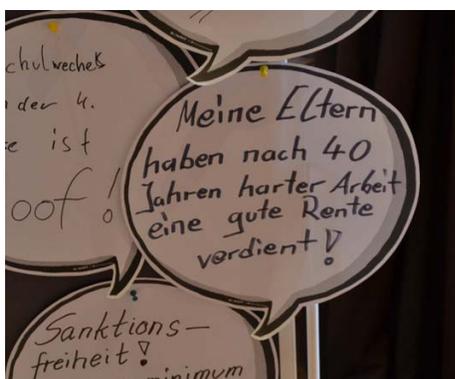


Bild: (c) DIE LINKE via Flickr

Trainieren wir Solidarität

Ole Dening Spenden für Skills

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte auf diesem Weg zu einer Spende aufrufen. Das bundesweite Netzwerk „Skills-for-Action“ (s4a) brachte 2013 ein umfangreiches Handbuch für Aktionstrainings heraus.

Als Netzwerk verfügt s4a über keine Finanzen und ist auf die Unterstützung aus der Bewegung angewiesen. Die LINKE als ein wichtiger Akteur der sozialen Kämpfe kann helfen, eine zweite Auflage des Handbuchs zu realisieren. Das Netzwerk sammelt regional Spenden, um die Druckkosten von 2000 Euro finanzieren zu können.

Die Spende bitte an

Empfängerin: DIE LINKE, Leipzig

IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20

Verwendungszweck: Spende S4A

Achtung: Die Spende ist keine Parteispende und daher nicht absetzbar!

■ Was ist „Skills-for-Action“? Das Netzwerk s4a bietet Aktionstrainings an, weil wir selber die Erfahrung gemacht haben, dass es besser ist, vorbereitet in Aktionen des Zivilen Ungehorsams zu gehen. Techniken und Methoden, die dafür nützlich sind, halten wir relevant für emanzipatorischen politischen Aktivismus und Organisation. Das Format „Training“ zeichnet sich durch praktisches Tun, Ausprobieren, Üben, Erfahrungen austauschen und reflektieren aus. Wir wissen, dass Trainings nicht automatisch emanzipatorisch sind, sondern erst durch die Verbindung entsprechender Inhalte, didaktischer Herangehensweisen, Orientierungen und Methoden eine emanzipatorische Ausrichtung erhalten. Ohne politische Praxis braucht es keine Trainings! Aber die aktuellen politischen Auseinandersetzungen bringen eine hohe Nachfrage an Trainings mit sich.

■ Wer sind die Aktionstrainer*innen?

Wir Aktionstrainer*innen kommen aus unterschiedlichen Spektren, dementsprechend vielfältig sind unsere Konzepte und Ideen. Eine undogmatische Haltung zu Zivilen Ungehorsam, der Versuch über Gräben zu springen und die Zeichen der Zeit zu erkennen, das ist die Klammer, die uns verbindet.

■ Wie erreiche ich s4a? Wenn ihr Trainings veranstalten möchtet, oder selber Aktionstrainer*in werden wollt, dann könnt ihr uns unter www.skills-for-action.de Mail: skillsforaction@immerda.ch erreichen. Oder wir sehen uns im nächsten Aktionstraining in deiner Nähe (24.03.2017 16:00, Theatrale, Waisenhausring 1b, Halle).



Bild: De Havilland via Flickr - CC BY-NC 2.0

Westwerk retten

Jule Nagel / Mandy Gehrt Kommerzialisierung des Zentrums im Leipziger Westen ist nur die Spitze eines Eisbergs

Über 1000 Menschen demonstrierten am 11. Februar 2017 für den Erhalt des Westwerks in Leipzig-Plagwitz. Allein die große TeilnehmerInnenzahl zeigt, dass es dabei um mehr geht als das Kunst- und Kulturquartier auf der Karl-Heine-Straße.

Doch der Reihe nach. Ende letzten Jahres flatterte beim ersten Projekt, dem Atelier- und Projektraum Westpol, die Kündigung ins Haus. Ähnliches betraf im folgenden einzelne andere von KünstlerInnen genutzte Räume sowie den Hackerspace Sublab – allesamt nicht-kommerziell genutzte Orte. Alle der zirka 130 MieterInnen dagegen betrifft eine saftige Miet- bzw. Betriebskostenerhöhung. Über das Doppelte müssen die Kulturschaffenden, KreativwirtschaftlerInnen, Getränkehändler oder WerkstättenbetreiberInnen seitdem zahlen. Der Verwaltung des Westwerks – ehemals Armaturenfabrik, dann in Treuhandbesitz und seit 2007 Kulturquartier – Peter Sterzing kündigte „Umstrukturierungen“ an. Vom Einzug einer Billardhalle über einen Supermarkt bis hin zur Errichtung von Parkplätzen – zahlreiche Gerüchte ranken sich um die zukünftige Nutzung des Westwerks. Fest stehen dürfte: Die Zeit der niedrigen Mieten und Freiräume auch für die, die prekär und gemeinwohlorientiert arbeiten, scheint im Westwerk ein Ende zu haben.

Vor diesem Hintergrund gründete sich im Januar die Plattform „Westwerk retten“, die sowohl von NutzerInnen, MieterInnen als auch externen UnterstützerInnen getragen wird. Deren Analyse und Forderungen gehen über die augenscheinliche Kommerzialisierung des Westwerks hinaus. Die aktuellen Entwicklungen werden in den Kontext der

Aufwertungsprozesse der letzten Jahre insbesondere im Leipziger Westen gesetzt. Zu lang hat die Verwaltung die Stadtentwicklung der Privatwirtschaft überlassen. Zwischennutzungen wie durch den Nachbarschaftsgarten in der Josephstraße oder die Nutzung von Lokalitäten durch KünstlerInnen zu guten Konditionen, wie das Delikatessenhaus auf der Karl-Heine-Straße – haben einiges zur Belebung und ideellen Aufwertung des Viertels beigetragen. Mit dem Immobilienboom scheinen derartige Projekte, die nicht auf Rendite ausgerichtet sind, ihre Schuldigkeit getan zu haben und müssen Eigentümern oder Luxussanierungen weichen. In Süd- und Altwest sind diese städtebaulichen Aufwertungsprozesse augenscheinlich, sie fallen zu meist zuungunsten von sozial Benachteiligten und gemeinnützigen Projekten aus.

Die Entwicklungen im Westwerk müssen insofern als Spitze eines Eisberges verstanden werden. Die Perspektiven in Bezug auf „Rettung“ des Westwerks sind schlecht, denn dies befindet sich in Privatbesitz, die öffentliche Hand hat hier kaum bis keine Möglichkeiten regulierend einzugreifen. Allerdings ist es höchste Zeit, dass die Stadt Leipzig sich einschaltet und etwas zur Sicherung von Räumen für künstlerisches und gemeinnütziges Engagement beiträgt. Denn genau wie beim Thema Wohnraum-mietentwicklung ist klar: der kapitalistisch organisierte Markt wird's nicht richten! Die Linksfraktion im Stadtrat hat vor diesem Hintergrund einen Antrag ins Verfahren gebracht, mit dem die Stadt aufgefordert wird, einen Maßnahmenplan zur Sicherung und Schaffung von Atelier- und Projekträumen für



Bild: Jacob Wagner

KünstlerInnen in Leipzig zu erstellen. Dieser soll vom Dezernat Kultur in einem partizipativen Verfahren zusammen mit dem Dezernat für Stadtentwicklung und Bau, StadträtInnen, Kulturschaffenden sowie freien Akteuren aus dem Bereich Stadtentwicklung in Leipzig erarbeitet werden.

Blickt man zurück in die Vergangenheit, gibt es in Bezug auf die Rettung von Kultur- und sonstigen gemeinnützigen Räumen Licht und Schatten. Während es gelang den, Technoclub Distillery per Stadtratsbeschluss vor der Verdrängung im Zuge der Entwicklung des Stadtraum Bayerischer Bahnhof zu sichern, misslang dieses Unterfangen bei den Nachbarschaftsgärten. Trotz fraktionsübergreifendem Engagement im Stadtrat gelang es nicht, den Eigentümer der Hauptfläche des kollektiv genutzten Gemeinschaftsgartens zu überzeugen oder gar eine Übernahme der Flächen zu stemmen. Die Errichtung der Eigenheime, dort wo Familien noch vor kurzem Beete anlegten und ihre Freizeit verbrachten, ist fast abgeschlossen.

Weitere Regionalkonferenzen

Tilman Loos Debatte um Wahlprogramm geht weiter

Nach den vier Konferenzen zum ersten Entwurf des Bundestagswahlprogramms wird der Parteivorstand Anfang April den Parteitagssentwurf beschließen. Auf drei sächsischen Regionalkonferenzen möchte der Landesverband den neuen Entwurf diskutieren. Weiterhin soll es bei den Konferenzen zu den jeweiligen Schwerpunkten nach Diskussion von Änderungsvorschlägen auch Tendenzabstimmungen geben. So soll das Mittel Kon-

ferenz dahingehend aufgewertet werden, dass Ergebnisse produziert werden und die Teilnehmer*innen ganz konkret mitentscheiden können:

- 26. April um 17 Uhr in Leipzig, Thema: Europa (Ort: vermutl. Galerie KUB)
- 3. Mai um 17 Uhr in Dresden, Thema: Ostdeutschland
- 4. Mai um 17 Uhr in Chemnitz, Thema: Soziales & Umverteilung

Wahlmobil 2017

Sophia Bader Liebe Genossinnen und Genossen, anlässlich der diesjährigen Bundestagswahl fragten wir uns, wie wir neben dem parteipolitischen Wahlkampf etwas verändern könnten. In den vergangenen Jahren haben wir – egal in welcher Altersgruppe – einen hohen Politikverdrossenheit beobachtet, gemerkt, dass viele Menschen sich von „denen da oben“ nicht vertreten oder gehört fühlen. Wir denken, dass es in Hinblick auf die kommenden Wahlen wichtig ist, Leute wieder für Politik zu begeistern, aufzuzeigen, wie wesentlich parteipolitisches, aber auch gesellschaftliches Engagement als Faktor für Veränderung ist; und vor allen Dingen auch zu vermitteln, dass Politik in unser aller Leben direkt oder indirekt eine Rolle spielt und dass es deswegen so essentiell ist, darüber zu reden, zu diskutieren, sich auszutauschen.

Aus diesen Gedanken spannt sich also eine Idee für ein konkretes Projekt, das wir – NamDuy, Politikwissenschaftsstudent und ursprünglich aus Riesa, und Sophia, seit September von einem Freiwilligendienst in Marokko zurückgekehrt und ursprünglich aus der Region zwischen München und Augsburg – „wahlmobil2017“ getauft haben.

Beide in ländlichen Gebieten großgeworden, fiel uns recht schnell auf, dass politische Bildungsangebote viel mehr in Großstädten vorhanden sind. Deswegen wollen wir mit einem Van nicht-großstädtische Gebiete in den neuen Bundesländern sowie Bayern und Baden-Württemberg anfahren und dort an einem verlängerten Wochenende zwei verschiedene Arten von Veranstaltungen durchführen.

Zum einen den „Dialog für Alle“: auf öffentlichen Plätzen – wohl meist Marktplätzen – wollen wir eintägige Veranstaltungen zum Thema „Wahlen“ durchführen. Wir möchten mit verschiedenen (über)regionalen Bündnissen, Vereinen, Projekten, aber auch (Lokal-) PolitikerInnen und bewegten BürgerInnen zusammenarbeiten, ihnen die Möglichkeit zu Zusammenkunft und Austausch geben, quasi eine Begegnungsstätte schaffen. Wir hoffen, dass vor allen Dingen auch durch die leicht zugängliche Lokalität der Veranstaltung eine

möglichst heterogene Menschenmenge zusammenkommt. Wir wünschen uns, dass Menschen über Politik reden, diskutieren, in einem anderen Umkreis, in dem sie es vielleicht sonst tun.

Parallel dazu werden wir Informationsmöglichkeiten zu den Wahlprogrammen der Parteien, zu politischen Prozessen und Strukturen geben. Anhand verschiedener wichtiger Themen – Arbeit und Rente, Bildung, Umweltschutz, Flüchtlingspolitik ... möchten wir die Standpunkte der Parteien herausfiltern und anhand dessen eine möglichst allumfassenden Überblick über Thesen und Positionen der Parteien schaffen. Darüber hinaus wollen wir über Wahlprozesse und politische Strukturen in Deutschland informieren, um über die Hintergründe der Wahl und das politische Tagesgeschehen aufzuklären.

Regionalen und überregionalen Bündnissen und Vereinen wollen wir eine Präsentationsplattform geben – denn Partizipation bedeutet Engagement, egal auf welcher (politischen) Ebene, in welchem Verein oder Bündnis. Diese Interessensgruppen sollen auf unseren Veranstaltungen die Möglichkeit bekommen, sich untereinander zu vernetzen, vor allen Dingen aber den BürgerInnen zu präsentieren, ihre Anliegen zu vertreten und auch dadurch BürgerInnen zu gesellschaftlichem und politischem Engagement mobilisieren.

Abends soll eine Diskussionsrunde mit PolitikerInnen, BürgerInnen und VertreterInnen der Vereine stattfinden – wir wollen BürgerInnen das Gefühl geben, von „der Politik“ gehört zu werden, die Möglichkeit zu geben, beschäftigende Themen zur Sprache bringen und auch durch diesen direkten Austausch das Gefühl geben, durch den Wahlgang etwas zu verändern.

Da politische Bildung aber nicht nur im öffentlichen Raum stattfinden sollte, sondern vor allen Dingen auch an Schulen, haben wir zweitens also den Workshop „Partizipation an Schulen“ entwickelt. Wir möchten je freitags und montags an den Schulen der jeweiligen Veranstaltungsorte mit Schulklassen

Streik 2.0 - Arbeitskampf im 21. Jahrhundert

In Zeiten globaler Digitalisierung müssen sich die Formen der Arbeitskämpfe verändern. Welche Gestalt können bzw. sollten diese annehmen? Wie bereiten sich die Gewerkschaften auf diese Situation vor? Das und mehr wollen wir mit folgenden Gästen diskutieren:

- Thomas Schneider (Sekretär ver.di, Bereich Handel)
- Nico Brünler (MfL, Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik)
- Japser Petschat (Mitglied des Streik Soli Bündnis Leipzig)

Dienstag, 18. April 2017, 19:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstraße 32

im wahlfähigen- beziehungsweise wahlnahen Alter Workshops zum Thema Wahlen, Partizipation und Mitentscheiden durchführen. Wie lernt man, demokratische Abläufe zu verstehen? Wie kann man seine Ideen politisch einbringen? Wie unterschiedlich sind Demokratien weltweit organisiert? Wie beschäftige ich mich kritisch mit politischen Tagesgeschehen?

Bei diesen Workshops wollen wir mit diversen Planspielen arbeiten, einen globalen Blickwinkel einnehmen und die Themen Empowerment, Beteiligung und Mitentscheiden in den Mittelpunkt stellen.

Was genau wollen wir damit erreichen? Unsere Vision ist, die in den letzten Jahren allgemein gesunkene Wahlbeteiligung zu vergrößern, eine reflektierte politische Meinungsbildung zu vereinfachen, Streitkultur in den öffentlichen Raum zu bringen.

Wir wünschen uns, dass Wahlentscheidungen auf objektiven, fundierten, gut informierten Entscheidungen basieren, nicht durch populistische Meinungsmache beeinflusst werden. Wir wünschen uns, dass BürgerInnen gleichzeitig Vertrauen in Demokratie haben, sich aber kritisch und aktiv mit dem System auseinandersetzen. Wir wünschen uns BürgerInnen, die Lust haben, sich in gesellschaftlichem und politischen Kontext einzubringen, aktiv mitzugestalten. Eine mündige Gesellschaft sorgt für bessere Politik, Mitgestalten bedeutet Veränderung.

So weit das Inhaltliche. Konkret werden wir ab Mitte April anfangen, durch Deutschland zu touren, und hoffen, unser Soll von 30 Veranstaltungen bis September einhalten zu können. Momentan befinden wir uns in der Planungsphase, wir haben ein motiviertes Team um uns herum. Bei Interesse, Fragen, Lust mitzumachen, wendet euch gerne an wahlmobil2017@posteo.de!

In diesem Sinne wünschen wir uns allen einen erfolgreichen Wahlkampf für die BuWa2017, eine hohe Wahlbeteiligung, politikbegeisterte BürgerInnen und eine höhere Bereitschaft, sich einzubringen – auf eine engagierte Bundestagswahl 2017.



Bild: C. Koschmieder

Heimatsforschung oder Wo kommen Deine Großeltern her?

Christine Koschmieder Mein Großvater Richard Koschmieder (links außen), geboren in Frauenwaldau in Schlesien, kam 1950 mit seiner wieder zusammengeführten Familie als Lehrer nach Waldhilsbach im Kleinen Odenwald. Meine andere Großmutter verbrachte ihre Kindheit in Oppeln, ihre Jugend als Schwesternschülerin bei der „Mutter Oberin“ in Breslau und ihre Zeit als Witwe in Bad Hersfeld westlich der Rhön. Aber auch, als sie längst im Nordhessischen lebte, verging kein Weihnachten ohne ihren schlesischen Kartoffelsalat. Die Einquartierung meiner Großeltern in einer Dorfschule und die Kindheitserinnerung meines Vaters an die großzügig in der Nachbarsküche ausgeteilte Wurstsuppe hat meine Bereitschaft, `Zugezogene´ als Teil (m)einer Gesellschaft anzunehmen, stärker geprägt als jede Geschichtsstunde. Und der schlesische Kartoffelsalat meiner Großmutter erzeugt in mir ein stärkeres Heimatgefühl als jede Staatsgrenze.

Andere Großeltern brachten Grützwurst, Kapusta mit Kwass, Heringsstipp, Erdnussbutter, Doseneintöpfe und Ofenschlupfer. Sie kamen aus Bosnien, aus dem Spreewald, aus Treuenbrietzen, aus dem Iran, aus Königsberg, aus dem Spreewald oder Deutschrasselwitz. Sie erzählen von Flucht und Vertreibung, von Krieg und verlorener Heimat, aber viel häufiger erzählen sie nichts. Dabei könnten ihre

Erzählungen, ihre Flucht- und Wanderwege und alles, was sie mitgebracht haben in die neue Heimat, so viel zu unserem Verständnis von Herkunft und Zugehörigkeit beitragen. Denn was wissen wir Kinder und Enkel heute noch über die Herkunft unserer (Groß)Eltern, von denen jeder fünfte als einer von über

12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimat auf nachkriegsdeutschem Boden suchte? Die Umfrage „Wo kommen Deine Großeltern her?“ geht genau diesen familiären Wanderungsbewegungen der Jahrgänge 1900–1930 nach. Der bisherige Rücklauf zeigt, wie vielfältig die Orte sind, von denen sie aufbrachen, wie vielfältig die Wege, auf denen sie kamen und wie vielfältig die Gründe, die sie dazu brachten. Aber vor allem zeigt die Umfrage, wie verschiedenartig sich ‚Heimat‘ darstellen lässt. Und dass es keine ‚deutsche Herkunft‘ gibt.

Die Herkunftsorte, Aufbruchsmotive und Erzählungen, die aus der Umfrage hervorgehen, finden Eingang in einen großformatigen „Herkunftsteppich“, der ab Herbst 2017 im Rahmen einer Wanderausstellung mit begleitenden Lesungen und Gesprächsrunden vorgestellt werden soll.

① Heimatsforschung c/o Christine Koschmieder
Roßplatz 1, 4103 Leipzig
koschmieder@heimat-forschung.de
www.heimat-forschung.de
www.facebook.com/Heimatsforschung

5 Fragen zur Herkunft der Großeltern beantworten & eins von 10 Bücherpaketen gewinnen!

Was wissen wir außer ein paar Traditionen, einer Ortsangabe und zwei, drei mageren Ansagen zu Flucht, Krieg oder Arbeit über die Herkunft unserer Großeltern (Jahrgänge 1900-1930)? Der Link zum Fragebogen findet sich unter **heimatsforschung.tumblr.com** und kann entweder online ausgefüllt oder ausgedruckt und per Post eingesandt werden kann. Unter allen Teilnehmenden werden 10 Bücherpakete mit je drei deutschsprachigen Romanen verlost. Um an der Verlosung teilzunehmen, bitte Angabe der Kontaktdaten nicht vergessen! Einsendeschluss: 30. Mai 2017.



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine von und bei der Leipziger LINKEN. Die Angebote sind selbstverständlich kostenfrei.

Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Abgeordnetensprechstunde mit MdL Franz Sodann
- 10. April 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken und dem Stadtrat Sören Pellmann
- 27. April 16:00 bis 18:00 Uhr, Bürgerverein Gohlis, Lindenthaler Str. 34, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken
- 27. April 16:00 bis 18:00 Uhr, Stadteilladen Grünau, Stuttgarter Allee 19, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Ilse Lauter

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Wahlkreis - Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis - Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr und 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Leipzig, Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN sind für alle Interessierten öffentlich.

- Ratsversammlung:
12. April, ab 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung:
26. April, ab 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus

Bilder von links: DIE LINKE via Flickr - (CC BY 2.0); unbekannt, Jule Nagel



3 Bilder aus Februar und Anfang März

Bild links oben: Die Regionalkonferenz Ost zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms fand am 11. Februar im Leipziger Felsenkeller statt. An der Veranstaltung nahmen circa 200 Menschen teil.

Bild rechts oben: Aktionstag im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ zum Thema Pflegenotstand am 28. Februar in der City. Unterschreiben kann man hier: www.die-linke.de/nc/100000/

Bild rechts unten: Am 1. März referierte Anna Schiff von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW auf Einladung des linXXnet in der Galerie KUB im Leipziger Süden zum Thema „Sexismus und Rassismus“. Rund 50 Personen lauschten dem Vortrag und diskutierten über den vermeintlichen Feminismus der „Besorgten“, der sich nicht für Frauenrechte interessiert, sondern rassistisch gegen Migranten wendet. Anna Schiff plädierte final für einen Feminismus, der sich rassistischen Zuschreibungen enthält und beide Diskriminierungsformen kritisiert. Der Mitschnitt des Vortrages findet sich hier: <http://gleft.de/1DG>



Afghanistan: Kein sicheres Land

Jule Nagel Film und anschließende Debatte in der Cinematheque

Afghanistan ist für Geflüchtete nicht sicher und schon gar kein sicheres Herkunftsland im Sinne des deutschen Asylrechts.

In den 15 Jahren der Besatzung und westlichen Intervention in Afghanistan ist das Land nur für eine Gruppe zu einem „sicheren Hafen“ geworden: für Terroristen. Die Taliban wurden in vielen Gebieten abgelöst von fundamentalistischen Warlords, die ihr Geld durch Drogenhandel verdienen. Millionen Menschen leiden unter Unsicherheit, Korruption, Erwerbslosigkeit, Armut. Die Rechte aller Menschen, aber insbesondere von Frauen*, werden beständig verletzt. Neben den Taliban sorgen auch ein Ableger des IS und regionale Clanstrukturen für Terror, Gewalt und Krieg.

Auf Anfrage der Bundesregierung stellte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UN-HCR) im Dezember 2016 fest, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen und eine Konkretisierung sicherer Gebiete aufgrund der volatilen Sicherheitslage nicht möglich sei. Nichtsdestotrotz besteht die Bundesregierung auf Abschie-

bungen nach Afghanistan. Auch Sachsen will sich in Zukunft an diesen bundesweit organisierten Aktionen beteiligen.

Wie sieht die Sicherheitslage und humanitäre Lage in Afghanistan konkret aus? Wie bewerten NGO und Menschen von vor Ort die Chance auf Frieden und Sicherheit? Wie können wir gegen den rigorosen Kurs der Bundesregierung vorgehen?

Mi. 5. April 19:00 Uhr
naTo, Karl-Liebknecht-Str. 46

- Film: Die Suche nach dem Glück im fremden Haus (Kurz-Dokumentarfilm)
- im Anschluss Podiumsdiskussion mit: Andreas Rosen (Stiftung Nord-Süd-Brücken) André Brie (MdEP, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, a.D.), Thomas Hoffmann (Sächsischer Flüchtlingsrat), VertreterIn des Afghanischen Forum Leipzig

Ⓢ Eine Veranstaltung des linXXnet e.V., dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen, MePA e.V. in Kooperation mit der Cinémathèque Leipzig e.V.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Bundesparteitag:** Der Parteivorstand hat die 2. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 9. -11. Juni 2017 nach Hannover einberufen. Auf der Tagesordnung stehen neben Berichten und Reden auch die Beschlussfassung zum Bundestagswahlprogramm und die Wahl einer neuer Schieds- sowie Finanzrevisionskommission. Antragsschluss ist 27.04.2017. Antragsschluss für Änderungsanträge ist am 25.05.2017.
- **Tag der (Neu-)Mitglieder:** Der Landesverband DIE LINKE Sachsen plant seinen Tag der (Neu-) Mitglieder in diesem Jahr in Sachsen durchzuführen. Angestrebter Termin ist Samstag, der 13. Mai. Tagsüber soll es eine Diskussionsrunde zur Zukunft der Parteien, zahlreiche interaktive Wahlkampfworkshops und abends ein Kneipenquiz geben.
- **Subbotnik:** Vom 31.03. ab 14:00 Uhr bis 01.04. findet der jährliche Subbotnik am Liebknecht-Haus statt. Helfende Hände sind gern gesehen!

„Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist“

Anna Gorskih Buchvorstellung und Lesung mit Katrin Rohnstock

Am 25. März wird Katrin Rohnstock ihr zweites Buch »Die Kombinatdirektoren – JETZT REDEN WIR WEITER! Neue Beiträge zur DDR-Wirtschaft und was daraus zu lernen ist« vorstellen.

Nach dem Erfolg des 2013 veröffentlichten ersten Bandes »Die Kombinatdirektoren: Jetzt reden wir«, erschien im Dezember 2016 das zweite Buch mit Beiträgen von Leitern großer Kombinate. Dabei erzählen einstige DDR-Wirtschaftslenker aus erster Hand einerseits ihre Geschichte(n) und andererseits auch die ihrer Betriebe.

Katrin Rohnstock ist Publizistin und Autorin. Im Jahr 1998 gründete sie ihr Unternehmen Rohnstock Biografien, in dem sie seitdem Biografien von Privatpersonen und auch Unternehmen erforscht und herausgibt. Mit der Arbeit an diesem Projekt will Rohnstock verhindern, dass die Erfahrungen aus der DDR-Wirtschaft für nachfolgende Generationen verloren gehen. Denn viele der Hauptprotagonisten ihres Buches sind zwischen 1924 und 1940 geboren, so dass bereits über die Hälfte der Kombinatdirektoren verstorben ist. Die Kombinatdirektoren werden in ihren zwei Bänden als Spezialisten hinsichtlich des DDR-Wirtschaftslebens vorgestellt und sie erzählen, wie sie die großen Wirtschaftseinheiten gestaltet und geleitet haben. Sie erörtern darüber hinaus auch mit welchen Schwierigkeiten sie in der DDR-Wirtschaft konfrontiert wurden, so zum Beispiel mit der komplizierten Gratwanderung zwischen Reparationsleistungen und Embargo oder zwischen den volkswirtschaftlichen, betrieblichen und sozialen Interessen. Und sie beleuchten dabei, was heute letztendlich aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist.

Aus den insgesamt 50 Vorträgen und Debatten der Reihe wurden für das aktuelle Buch, in dem die Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaftslenker festgehalten sind, zehn Beiträge ausgewählt. Sie behandeln industrielle Bereiche, die im ersten Band fehlten: die Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, Mikroelektronik-, Kosmetik-, Pharma-, Schuhe- sowie die Getränkeindustrie.

Bei der Buchvorstellung und Lesung wird neben Katrin Rohnstock auch Christa Bertag, die Generaldirektorin des Kosmetikkombinats Berlin und dabei eine von lediglich vier Frauen in der DDR, die die Position eines Kombinatdirektors innehatten, anwesend sein. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, der Veranstaltung beizuwohnen:

Sa. 25. März 2017, 20:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstraße 32

aktuelle Termine

Die Aufarbeitung einer Kriegsenkel-Generation. „Leipzig liest“ mit Detlef M. Plaisier

Dies sind die Lebenserinnerungen Artur Plaisiers, herausgegeben von seinem Sohn Detlef. Neben der Heimatgeschichte sind es vor allem die Schilderungen seiner Erlebnisse zu Zeiten des Dritten Reichs, über das Strafgefangenenlager Esterwegen und das Konzentrationslager Börgermoor, wo sein Vater in der Mooradministration tätig war.

Do. 23. März, 20:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Film-Verführung: „Sein oder Nichtsein“ von Ernst Lubitsch (1942) - Eine bissig-böse Anti-Nazi-Satire

Als Lubitschs beißendes Hohnlied auf Adolf Hitler und die Gestapo 1942 in die Kinos kam, ahnte der deutsche Regisseur nicht, welche Ausmaße die Naziherrschaft nehmen würde. Aber gerade die Leichtigkeit der Inszenierung und Genialität, mit der Lubitsch das Grauen mit Komik verquickt, ließen einen vortrefflichen Klassiker entstehen.

Mi. 29. März, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Als Ärztin in Somalia – Auswirkungen eines ewigen Krieges

Der Vorstand der Basisgruppe Messemagistrale lädt zu o. g. Thema zum Bildungsabend ein. Diskussionspartnerin: Genossin Dr. Helga Lemme.

Mi. 19. April, 18:00 Uhr, Stadtteilzentrum
Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

„Fabian – Die Geschichte eines Moralisten“ Eine szenische Lesung mit Peter Sodann, Annette Richter und Franz Sodann.

Mit seinem Roman für Erwachsene zeichnet Erich Kästner ein imposantes Sittenbild des Berlin der späten 20er Jahre: grenzenlose Genussucht, Betrug und Unmoral münden in politischen Kämpfen zwischen links und rechts, in Arbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise. Eine brillante Satire, leichtfüßig, intelligent, faszinierend und erschreckend aktuell zugleich. Eine Veranstaltung der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Mi. 19. April, 18:00 Uhr,
Galerie KUB, Kantstr. 18, Leipzig

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden,
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Kampagnenrat „Das muss drin sein!“

2. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)
jd. 1. Di., 19 Uhr, linXXnet (Neumitgliedertreff)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

DIE LINKE.SDS

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ,
Raum 4.116, Beethovenstr. 15

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann,

Gestaltung: Tilman Loos

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 03.04., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

LEIPZIGS NEUE SEITEN

Die kleine Kneipe unter Strom

Wo das Leben noch lebenswert ist, sang mal ein Peter, der längst keine Kneipen mehr besuchen kann, denn sein Leben ist vorbei. Aber wir leben noch ... könnten also Bum-meln. In Leipzig zählt man jetzt, von der Imbissbude bis zum Superrestaurant, fast 2100 Betriebe. 2016 eröffneten einerseits 343, andererseits machten 263 dicht. Die Szene bleibt in Bewegung, nicht jeder ist solide und gut ausgebildet. Einige scheiterten, weil es nicht nur mit dem Schnitzelbraten nicht klappte, sondern auch mit der Geschäftsführung haperte.

Unweit der Handwerkskammer feiert ein stillvolles, zünftiges Kellerlokal jetzt seinen 20. Geburtstag. Die gastronomieverfahrenen Betreiber, mit DDR-Lehrzeit, suchen händerringend junge Leute, die es ernst meinen mit diesem Beruf. Also nicht nur als Aushilfe für Gäste da sind, sondern richtig Koch oder Kellner lernen. Fehlanzeige! Jugendliche möchten am Wochenende lieber Party machen, und möglichst überhaupt nicht arbeiten. Ich hoffe, dieser Wunsch setzt sich nicht in allen Branchen und Berufen durch, denn dann wird es zappenduster in Leipzig, nicht nur in Kneipen. Der Not-Pizza-Service für die Party kann zwar manches, aber keinen Strom liefern.

Meint

Euer **L**ipsius



**Alle großen Ideale scheitern
an den Leuten.**

Bertolt Brecht, (1898 - 1956)

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELADE8XXX

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / mail)
Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külöw (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. März 2017

Leipziger Flüchtlingsunterkunft und 15 Monate Ungewissheit

Eine Rückblende ist in diesem Fall zum besseren Verständnis nötig. Sie führt in das Jahr 2015. Bis auf den letzten Platz war damals die Aula der Sportschule in der Max-Planck-Straße besetzt. Gut 300 Leipzigerinnen und Leipziger aus der Gegend waren erschienen, um sich über die angedachte Flüchtlingsunterkunft, in der Waldstraße 74 bis 80, zu informieren.

Ältere Leipziger erinnern sich: Ursprünglich waren es, drei gutbürgerliche, vornehme Stadtvillen, die in DDR-Zeiten durch Zwischenbauten verbunden wurden. Viele erlebten dort einen umsorgten, manchmal auch schwierigen Lebensabend. Das über Jahrzehnte ansässige Alten- und Pflegeheim zog 2015 in einen Neubau in unmittelbarer Nähe. Dringende Renovierungsarbeiten waren in allen Etagen der einstigen Gebäude vonnöten.

Gewachsene Strukturen der Räume, Bäder oder Küchen, sollten jedoch erhalten bleiben. Sie könnten künftigen Bewohnern das Einleben erleichtern. Sozialbürgermeister Thomas Fabian und Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst erläuterten vor 15 Monaten Pläne und Gedanken. Aber: Noch immer sind die Fenster abends dunkel. Anfang Dezember 2015, sollten rund 300 Flüchtlinge einziehen, hieß es, aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Meist, so war zu erfahren, wären deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen, viele möchten eventuell gern in Leipzig bleiben. Auch deswegen wolle man in den Häusern gute Rahmenbedingungen schaffen, um die neuen Nachbarn bestmöglichst zu integrieren, erläuterte damals der Sozialbürgermeister. Einfach würde das nicht, das wurde an jenem Abend auch klar. Es gab viele Wortmel-

dungen und Fragen von Anwohnern, auch religiöser Art, niemand provozierte.

»Es war eine sehr lebhaft Veranstaltung«, äußerte sich Thomas Fabian damals nach den zwei Stunden zufrieden. Er sei zuversichtlich, dass es eine gute Nachbarschaft zwischen den künftigen, jüngeren Bewohnern im ehemaligen Pflegeheim und den »alten« Anwohnern im Viertels geben werde. Vor Ort sollen fünf Sozialarbeiter in Vollzeit und einer mit einer halben Stelle eingesetzt werden, so war es geplant und verkündet worden. Die Verhandlungen mit potenziellen Betreibern für die Unterkunft liefen, hieß es seinerzeit. Vorgesehen ist, dass sich die Neubürger selbst verpflichten. Die Räume seien dafür geeignet. Die Anmietung sei vorerst auf zwei Jahre begrenzt, die Option einer Verlängerung bestehe jedoch für die Stadt.

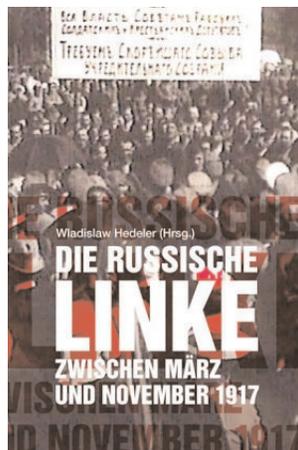
Eine gute Nachbarschaft hat sich bisher noch nicht entwickelt, denn passiert ist nichts Sichtbares. Noch immer stehen die renovierten Quartiere, die schon längst bezogen sein sollten, leer. Fleißige Bauarbeiten haben in ihnen bis in die Nacht gewerkelt und gewirkt, und gleich dort geschlafen, damit sie sich einen weiten Heimweg sparen. Auch das ist inzwischen vorbei.

Der Bürgerverein des Viertels, erfuhr dieser Tage, dass nach Auskunft der Rathauses die Asylunterkunft nunmehr Ende April dieses Jahres bezogen werden soll. Fragen gibt es, nach den 15 Monaten Wartezeit, inzwischen erneut. Wer kommt? Was können Anwohner tun, um das Ankommen, für beide Seiten zu erleichtern? Ist Hilfe nötig? Antworten erfordern jedoch präzise Informationen und einen erneuten Infoabend in der Aula.

Was lange währt wird ...? Joachim Michael

Leipzigs Neue Seiten (LNS) präsentiert zur Leipziger Buchmesse

»Die russische Linke zwischen März und November 1917«



Buchvorstellung mit Wladislaw Hedeler

**Donnerstag, 23. März, 18.00 Uhr,
Liebknecht-Haus (Braustraße 15)**

Das Jahr 1917 ist möglicherweise das Schlüsseljahr des 20. Jahrhunderts. Unstrittig lösten die beiden Revolutionen in Russland ein globales Echo aus und prägten maßgeblich das »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm). Hundert Jahre später werden die damaligen Ereignisse kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen zumeist die Bolschewiki unter Führung Lenins. Das linke Parteienspektrum war allerdings wesentlich vielfältiger: Anarchisten, Jüdischer Bund, Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre zählten dazu.

Peer Leer



Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Henrik Ibsen sein »Peer Gynt« ist ein großes, poetisches Welttheater, ein Reflex auf Goethes »Faust«, ein mythisches Ab- und Auftauchen in der menschlichen Seele. Provokant, energiegeladen, mit großartigen Bildern hat Wolfgang Engel im Jahr 2005 am Leipziger Schauspielhaus Maßstäbe gesetzt und ein schlüssiges Inszenierungskonzept gefunden, um diesen »nordischen Faust«, diesen Peer Gynt (Aurel Manthei), die Schönheit, Bitterkeit und Symbolik atmen zu lassen.

Erinnert sei auch an die legendäre Inszenierung am Berliner Ensemble: Peter Zadek im Jahr 2004 mit einem lebenshungrigen Gynt (Uwe Bohm) und einer entblättern Anitra (Anouschka Renzi).

Es ist daher schon erstaunlich, wie man so ein wunderbares, magisches Stück zerlegen kann: nicht nur der Bühnenboden des Großen Hauses in der Bosestraße wurde mit Äxten malträtiert, sondern auch die Ästhetik und Werktreue. Regisseur Philipp Preuss,

eigentlich mit seinem »Sommernachtsstraum« (2015) in Leipzig gut angekommen, stellt jetzt sieben Peer Gynts auf die Schaumblasenbühne, lässt Nebel steigen bis die Augen tränen und Techno-Beats hämmern, dazu eine sinnentleerte Live-Kamera und unterm Schaum eine Staatskarosse.

Was die Planet-der-Affen-Einlage (der Affe sortiert Luftballonbuchstaben und behauptet: REVOLUTION) soll, ist nicht ersichtlich. Dafür wurde die starke Frauenrolle weggelassen: der Traum jeder Elevelin, eine Solveig zu sein, ist in Leipzig ausgeträumt.

Doch ist nicht alles schlecht: Dieter Jaßlauk, die Schauspielhauslegende, zaubert eine tolle Szene im Gynt-Knopfgießer-Dialog, bei leisen Klavierklängen.

Fazit: So wie der Schaum auch, fällt am Ende das Regiekonzept in sich zusammen. Die Blasen offenbaren ihr Inneres: Peer Leer. Schade.

Daniel Merbitz

nächste Aufführungen:
26. März, 9. April, 11. und 31. Mai



Künstlergenie ja oder nein?!



Foto: LNS

Schon vielfach heiß diskutiert und kritisiert wurde der Künstler Markus Lüpertz. Nun ist seine Kunst wieder einmal in Leipzig im Museum der bildenden Künste zu sehen, wo

er schon im Jahr 2015 seine Beethoven-Skulptur vorstellte. Diese aktuelle Ausstellung mit dem Titel »Max Klinger. Markus Lüpertz. Zeitgenössische Kunst« ist eine

Installation unter der Regie des Künstlerfürsten.

M. L. ist ein großer Verehrer von M. K. und tritt jetzt in den Dialog mit ihm. Diese Kabinettsausstellung beider Künstler (bis 23. April 2017) ist auch eine Inanspruchnahme der Architektur des Hauses, welche Lüpertz als Adaption piranesihafter Räume, als Akkumulation von Kuben sieht. Damit werden Ausstellungsflächen zu Bühnen. Es findet eine Art Versteckspiel statt. Der Besucher muss den Blick heben und schweifen lassen, um die Skulpturen und Gemälde zu entdecken. Schon Klinger hat mit seinen farbigen, polychromen Skulpturen experimentiert und ist damit neue ästhetische Wege gegangen. Lüpertz sucht wie Klinger einen weit ausholenden Bildgedanken, eine Expression jenseits der engen Gattungsgrenzen von Malerei und Skulptur.

Lüpertz sorgt vor allem durch seine Skulpturen für Aufsehen. Dabei ist es gerade Lüpertz ein Anliegen, gegen Intoleranz und Dummheit anzukämpfen. Nun muss sich jeder selber ein Bild von der Ausstellung machen. Ich sage ein lautes »Ja!« zum Künstlergenie Markus Lüpertz. Bravo!

Lavinia Hudson

SEPA-Lastschriftmandat

Zahlungsempfänger:

DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Gläubiger-Identifikationsnummer:

DE06ZZZ00000178341

Ich ermächtige DIE LINKE Leipzig, beginnend ab, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom oben genannten Zahlungsempfänger auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Beträge in EURO	Abbuchung monatlich*	aller 3 Monats (quartalsweise)*	aller 6 Monate (halbjährlich)*	Einmal jährlich im Januar*
..... Monatsbeitrag DIE LINKE.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
..... Spende	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
..... Mandats- trägerbeitrag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Einzüge erfolgen regelmäßig am 1. oder 15. des laufenden Monats bzw. des oben angegebenen Zahlungsintervalls.

(* Bitte ankreuzen, in welchem Rhythmus abgebucht werden soll.)

..... jährlicher Beitrag für die **Europäische Linke**, der im Monat Mai eingezogen wird.
..... Mindestbetrag 6,00 Euro bei Mitgliedern mit mehr als 700,00 € Monatsnetto

Kontoinhaber/in
..... Name, Vorname
..... IBAN
..... BIC

Zahlungspflichtiges Mitglied
..... Name, Vorname
..... Straße, Hausnummer
..... PLZ, Wohnort
..... Mitgliedsnummer (wird verwendet als Mandatsreferenz)
..... Telefon
..... email

Wichtig: Bisherige Einzugsermächtigungen von mir an DIE LINKE. Leipzig, verlieren hiermit ihre Gültigkeit. Wenn mein Konto nicht die erforderliche Deckung aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Dabei entstehende mögliche Bankgebühren sind durch mich zu tragen. Sie können mit dem nächsten Einzug zusätzlich abgezogen werden.

Leipzig, den

.....
Unterschrift Kontoinhaber/in

.....
Unterschrift zahlungspflichtiges Mitglied

Beitragstabelle

Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Beitragstabelle ein. Grundlage dafür sind seine regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte und Bezüge abzüglich Sozialabgaben und Steuern. Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern die Einkünfte und Bezüge um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.

Monatliche Einkünfte und Bezüge in Euro	Monatlicher Beitrag in Euro
Mitglieder ohne Einkommen und Transferleistungsbeziehende*	1,50
bis 500	3,00
über 500 bis 600	5,00
über 600 bis 700	7,00
über 700 bis 800	9,00
über 800 bis 900	12,00
über 900 bis 1000	15,00
über 1000 bis 1100	20,00
über 1100 bis 1300	25,00
über 1300 bis 1500	35,00
über 1500 bis 1700	45,00
über 1700 bis 1900	55,00
über 1900 bis 2100	65,00
über 2100 bis 2300	75,00
über 2300 bis 2500	85,00

darüber: 4 Prozent des Nettoeinkommens

* Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Zu den Beiträgen zur Partei der Europäischen Linken heißt es in der Finanzordnung § 2:

3. Jedes Mitglied entrichtet zusätzlich zu seinem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL). Die Höhe dieses Beitrages wird vom Mitglied selbständig festgelegt und beträgt mindestens 0,50 Euro je Monat. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Der Mitgliedsbeitrag für die EL wird als Jahresbeitrag erhoben. Die Durchführung der Beitragskassierung wird von der Bundesschatzmeisterin bzw. dem Bundesschatzmeister im Zusammenwirken mit den Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeistern organisiert.
4. Der Mitgliedsbeitrag und der EL-Beitrag werden in Verantwortung der Landesvorstände bzw. vom Parteivorstand vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto des Mitglieds eingezogen.

Quelle: <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/bundesfinanzordnung-der-partei-die-linke/beitragstabelle/>